

Das Klima lässt uns nicht kalt

Weltweit demonstrierten Mitte März Schüler und Studenten für mehr Klimaschutz. Auch in Belgien gingen Tausende Menschen auf die Straße. Die Gewerkschaften, darunter die CSC, hatten sich den Jugendlichen in der Bewegung „Workers for climate“ angeschlossen.

Seit Monaten boykottieren in vielen Ländern junge Leute einmal pro Woche den Unterricht, um ihren Unmut gegen ausbleibende Maßnahmen gegen die Erderwärmung zu äußern. In Belgien finden diese Protestaktionen immer donnerstags statt. Am 15. März hatten sich die Aktionen zu einem ersten globalen Protesttag ausgeweitet. In annähernd 1700 Städten gingen Millionen von Menschen auf die Straßen.

Jugend setzt sich für Klimaschutz ein

„Bewegt euch, unser Haus steht in Flammen“, hatte Greta Thunberg den Unternehmern beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos gesagt. Die 15-jährige Schwedin ist bekanntlich die Gründerin dieser Protestbewegung. Auch in Belgien fordern zehntausende Schüler und Studenten seit Wochen ehrgeizige und dringende Maßnahmen zum Klimaschutz.

Gleichzeitig organisierten die Gewerkschaften einen landesweiten Streik für mehr Kaufkraft. Auch wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen einen lebensfähigen Planeten und eine Zukunft für unsere Kinder und Enkel.

Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten. Die Politik muss schnell und effektiv handeln, um eine Wende und einen Übergang zu einer Wirtschaft ohne Negativauswirkungen für das Klima herbeizuführen. Aber die Nachhaltigkeit muss auch die Kaufkraft schützen. Dazu ist es wichtig, dass wir als Arbeitnehmer auf uns aufmerksam machen.

Workers for climate formuliert fünf Forderungen:

- Es muss ein ambitionierter und verbindlicher Klimaplan erstellt

werden. Als Basis müssen die Empfehlungen der Wissenschaftler dienen, damit die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden kann. Außerdem muss ein verbindliches Klimagesetz dafür sorgen, dass Belgien bis 2050 CO₂-neutral wird.

- Dieses Klimagesetz muss einen ökologischen und sozialen Übergang gewährleisten. Die großen Verursacher der Verschmutzung müssen zahlen.
- Wir wollen einen einzigen föderalen Minister, der für das Klima, die Energie und die Mobilität zuständig ist. Das Problem des Klimawandels geht über die Sprachengrenzen hinaus und wir können es nicht lösen, wenn die Zuständigkeiten bei mehreren Verantwortlichen liegen.
- Wir fordern politische Lösungen, die unser Wirtschaftsmodell verändern: Abgasnormen für Unternehmen, erneuerbare öffentliche Energie, wichtige Investitionen in

öffentliche Verkehrsmittel, Bau von nachhaltigen und im Energieverbrauch fast neutralen Sozialwohnungen,...

- Wir müssen den gesellschaftlichen Konsens und die Demokratie stärken. Wir müssen die Klimageneration und die Gewerkschaften an der Politik des sozialen Wandels beteiligen.

Deshalb hatte „Workers for climate“ die belgischen Gewerkschaften zur Teilnahme an den Klimakundgebungen aufgerufen. „Ihr habt das Know-how, um die Sorgen in Bezug auf einen ökologischen und sozialen Wandel, auf die Kaufkraft und die Beteiligung der Arbeitnehmer in Worte zu fassen und zu verteidigen. Dank eurer mehr als drei Millionen Mitglieder können wir noch mehr Menschen mobilisieren, was auch nötig sein wird, um den Protest solange zu erhalten, bis unsere Forderungen durchgesetzt werden. Alleine sind wir nichts, aber gemeinsam sind wir stärker“, hieß es.



Die CSC schließt sich der Kampagne „Sign for my future“ an

„Sign for my future“ begann als Bürgerinitiative, bevor sie schnell zu einer breiten Koalition wurde, die junge Menschen, Unternehmenschefs, Organisationen der Zivilgesellschaft, Medien und die akademische Welt vereint. Die CSC schließt sich der Kampagne an. „Wir wollen ein klares Signal an die (nächsten) Regierungen senden. Sie müssen endlich eine ehrgeizige und sozial gerechte Klimapolitik umsetzen“, erklärt CSC-Präsident Marc Leemans.

Warum unterstützt die CSC „Sign for my future“?

Marc Leemans: Der CSC fordert eine ehrgeizigere Klimapolitik. Jeder weiß, dass die Politik in diesem Bereich nicht die Erwartungen erfüllt. Die Gesellschaft muss bereit sein, dafür an einem Strang zu ziehen, um diese Art der ehrgeizigen Klimapolitik in die Praxis umzusetzen. Dies ist das Ziel von „Sign for my future“.

Eine ehrgeizige Klimapolitik ist teuer, oder?

Es stimmt, eine ehrgeizige Klimapolitik kostet Geld. Aber nichts zu tun wäre noch viel teurer. Vorausgesetzt, dass angemessene Investitionen getätigt werden, wird unsere Energieversorgung irgendwann weniger abhängig, günstiger und nachhaltiger sein. Unser Lebensraum und unser Lebensumfeld würden gesünder werden und unsere Betriebe wettbewerbsfähiger. Das Grundprinzip für die CSC ist eine Klimapolitik, die wie jede andere Politik, sozial gerecht sein muss. Mit anderen Worten, das Umschwenken zu einer klimatisch neutralen Wirtschaft muss auf eine sozial gerechte Art verwirklicht werden.

Wie sieht eine sozial gerechte Klimapolitik aus?

Zuerst muss den Arbeitnehmern, die in anfälligen oder bedrohten Sektoren beschäftigt sind, geholfen werden, um diesen Übergang ohne Schwierigkeiten zu überwinden. Zudem muss die soziale Konzertierung auf allen Ebenen respektiert werden. Die Vor- und Nachteile der Politik müssen in der gesamten Bevölkerung gleich verteilt sein, wobei die Zahlungsfähigkeit von jedem berücksichtigt wird. Die stärksten Schultern müssen die schwersten Lasten tragen.

Ist die Teilnahme der Multinationalen an der Kampagne nicht eine Art ökologischer Deckmantel?

Es ist zu einfach zu behaupten, dass diese Art von Kampagne Unternehmen ermöglicht, sich „grün zu waschen“. Um den klimatischen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir sowohl die Unternehmen als auch die Politik, aber auch Kompetenzzentren und die Zivilgesellschaft. Dies ist eine gemeinsame Verantwortung. Ich denke, viele Unternehmen sind sich

der realen Gefahr von klimatischen Störungen bewusst und sind bereit, Anstrengungen zu machen, um die Zukunft zu gewährleisten. Wir werden die Unternehmer an ihre Verantwortung erinnern und im Rahmen der Sozialkonzertierung auf allen Ebenen eine ehrgeizige und sozial gerechte Klimapolitik befürworten.

Unterschreiben Sie die Petition unter:

www.signformyfuture.be



Was fordert „Sign for my future“?

- Ein „Klima“-Gesetz: eine rechtliche und dekretale Verankerung der Zielsetzung, bis 2050 eine Klimaneutralität zu erreichen. Zwischenziele sollen bereits innerhalb von 5 Jahren die Emissionen deutlich reduzieren.
- Einen ehrgeizigen und sozial gerechten Investitionsplan, der allen Bürgern und Unternehmen helfen und sie ermutigen soll, den Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu vollziehen. Der Investitionsplan soll spätestens Ende 2022 in Kraft treten.
- Ein „Klima“-Rat, der sich aus unabhängigen Experten zusammensetzt, soll die Politiker beraten sowie Bewertungen durchführen.

Klimaschutz geht uns alle etwas an

Selten ist so häufig und ausführlich über Klimaschutz geredet und berichtet worden wie in den letzten Wochen und Monaten. Großen Anteil daran haben die Jugendlichen und Klimaaktivisten. Auch für die Gewerkschaften ist Klimaschutz seit Jahren ein Thema.

Als Gewerkschaftsbewegung setzt sich die CSC für einen gerechten Übergang zu einem klimaneutralen Belgien ein. Die Gewalt des Klimawandels - sei es durch Dürren, Tornados, Überschwemmungen, Artensterben oder Trinkwassermangel - wird besonders die Arbeitnehmer treffen. Vor allem diejenigen, die sich in einer prekären Lage befinden.

Der CSC-Generalrat hatte bei seiner jüngsten Sitzung die Vorgehensweise der Klimakoalition und der Militanten und Aktivisten begrüßt, die mehrere Tage vor dem Amtssitz von Premier Michel ausharrten. Sie wollten die Parteien davon überzeugen, den Vorschlag eines Gremiums von Wissenschaftlern zu unterstützen, wonach der Artikel 7bis der Verfassung abgeändert werden soll.

Belgien schlechter EU-Schüler

„Dies ist eindeutig der beste Weg, um die institutionelle Blockade, die bisher dazu beigetragen hat, Belgien zu einem der schlechtesten Schüler aller EU-Mitgliedsstaaten zu machen, so schnell wie möglich zu überwinden. Wir haben vier Minister für Energie und Klima, aber die Ergebnisse sind absolut unzureichend“, erklärt die CSC.

Um aus dieser Sackgasse zu finden, knüpften einige Parteien diese Fra-

ge an eine breite Debatte über eine siebte Staatsreform, was inakzeptabel ist. Die Bevölkerung hat derzeit andere Sorgen als diese. *„Die Botenschaft der CSC ist einfach: Die politischen Parteien, die eine Änderung des Artikels 7bis der Verfassung ablehnen, beweisen uns damit, dass sie die klimatische und soziale Dringlichkeit überhaupt nicht verstehen und dass sie das mutige Engagement von Arbeitnehmern, Gewerkschaften, Jugendlichen und der gesamten Zivilgesellschaft, einen lebenden Planeten mit gerechten Arbeitsplätzen und würdigen Lebensbedingungen für alle zu schützen, verachten“,* so die CSC.

Bei der Abstimmung in der Kammer reichte es bekanntlich nicht für die notwendige Zweidrittelmehrheit. Die flämischen Parteien N-VA, CD&V und Open VLD stimmten dagegen. Damit wird das Klimagesetz nicht in der belgischen Verfassung verankert.

Ein gerechter Übergang

Weshalb haben die Gewerkschaften an dem Klimamarsch Mitte März teilgenommen? Lesen Sie dazu Auszüge aus einer gemeinsamen Stellungnahme von CSC, FGTB und CGSLB.

Als Gewerkschaftsorganisationen handeln wir seit Jahren auf unserer Ebene, indem wir die Arbeitnehmer sensibilisieren und bei dem Über-

gangsprozess begleiten. Das tun wir ohne Pauken und Trompeten. Wir sind überzeugt, dass kleine Bäche große Flüsse bilden. Die Gestaltung klimatischer Richtlinien beeinflussen wir seit Jahren durch die soziale Konzertierung.

Neue Wege müssen beschritten werden. Wir werden gemeinsam beschließen müssen, was für die Gesellschaft nützlich ist und somit ausgebaut werden muss. An dieser Vision arbeiten wir, d.h. an dem, was wir als gerechten Übergang bezeichnen. Dies ist keinesfalls ein Slogan. Es ist ein sozial gerechter Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, die garantiert, dass wir tatsächlich das Problem der globalen Klimaerwärmung anpacken. Die internationale Arbeitsorganisation hat das Konzept auch angenommen und 2015 eine Reihe von Empfehlungen an die Behörden, Unternehmen und Gewerkschaften veröffentlicht.

Das Pariser Klimaabkommen bezog sich ausdrücklich auf die *„Erfordernisse eines gerechten Übergangs für die aktive Bevölkerung und die Schaffung von akzeptablen und qualitativen Arbeitsplätzen“*. Das bedeutet, dass alle Staaten in ihrer Politik die Auswirkungen des Klimawandels und der Klimapolitik auf ihre Arbeitnehmer berücksichtigen müssen. Auf der jüngsten Weltklimakonferenz in Polen wurde die Erklärung zur Solidarität und zu einem gerechten Übergang von 54 Ländern, darunter Belgien, angenommen. Als Gewerkschaftsorganisation müssen wir Umweltgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zusammenfügen, sodass die Sorge um die Umwelt zu besseren Lebensbedingungen für alle führt, insbesondere für die Schwächsten unserer Gesellschaft.

Ein gerechter Übergang bedeutet auch, das Thema einer gerechten Besteuerung wieder aufzugreifen, damit alle Einkommen, alle Wirtschaftsakteure zur Entwicklung einer egalitäreren Gesellschaft beitragen und der Reichtum umverteilt wird.

